

Politik



Lüge, Verrat und Hinterhältigkeit sind nicht nur Eigenschaften von Berufspolitikern, dies aber vornehmlich, wenn Krieg droht.

Seite 2

Musik



Joe Strummer hat mit Elvis gar nichts gemein. Aber vielleicht lebt er ja doch noch. Ein Nachruf auf den Clash-Sänger

Seite 3

Konsum



Konsumterroristen werden weltweit von niemandem verfolgt. Klammerheimlich schmuggeln sie sich wieder ins Layout dieser Zeitung.

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Privatisierung von Krankenhäusern Mein Skalpell gehört mir

Was bei den Hochschulen vorläufig noch als Drohung im Raum schwebt, ist im Gesundheitssektor schon Realität: Zahlreiche Krankenhäuser sind in den letzten Monaten und Jahren privatisiert worden. Doch auch die Unis sind von diesen Privatisierungen betroffen, denn schon werden auch die ersten Uni-Kliniken von privaten Unternehmen betrieben.

Bestes Beispiel ist die traditionsreiche Charité, die Uni-Klinik der Humboldt-Uni in Berlin. Deren Campus Berlin-Buch befindet sich seit Juni 2001 im Besitz der Helios Kliniken-GmbH, die bundesweit 21 größere Krankenhäuser betreibt. Darunter befindet sich übrigens auch eines in Bochum, das St.-Josefs-Hospital in Linden. Doch nicht nur spektakulär bankrotte Kommunen wie Berlin sind betroffen. Der jüngste Coup des Helios-Konzerns ist erst wenige Tage alt: Seit dem 1. Januar 2003 ist er mit 94,9 Prozent der Gesellschafteranteile Mehrheitsgesellschafter eines der größten öffentlichen Krankenhäuser der Region, der ehemals Städtischen Kliniken Wuppertal.

Studis als Privatisierungsopfer

Auch das Klinikum Wuppertal ist eine Uni-Klinik, nämlich der Privaten Universität Witten/Herdecke. Selbst die Ruhr-Uni ist bereits betroffen: Zwar hat es dort noch keine der Uni-Kliniken getroffen. Doch unter den lockerer mit der Uni assoziierten Lehrkrankenhäusern, an denen zwar keine Profs der Uni beschäftigt sind, die sich aber an der Ausbildung von Medizin-StudentInnen im klinischen Studienabschnitt beteiligen, befindet sich mit dem ehemaligen Klinikum Remscheid ebenfalls eine Einrichtung, die nicht mehr in öffentlicher Trägerschaft ist. Das Klinikum heißt nunmehr „Sana-Klinikum“ Remscheid, gehört es doch seit 2001 zur Sana-Gruppe (59 Kliniken in Deutschland).

Was bedeutet die Privatisierung für die Krankenhäuser? Wie bei den Hochschulen auch zeigen sich zunächst verstärkt Bemühungen im Marketing-Bereich, die auf Profilschärfung abzielen. So wie an den Unis der Trend dahin geht, „starke“ gegen „schwache“ Fächer auszuspielen, so werden auch in Krankenhäusern bestimmte prestigeträchtige Abteilungen gestärkt („Ausbau zum Leistungszentrum“ heißt das dann), um überregional PatientInnen anzuziehen - auf Kosten der Kernaufgabe, also der Zurverfügungstellung von medizinischen Leistungen für möglichst breite Bevölkerungsschichten vor Ort. Dieser offenkundige Auftrag, den die Einrichtungen noch hatten, als sie öffentliche Krankenhäuser waren, geht zugunsten der Zielsetzung Gewinnmaximierung verloren.

Versagen der öffentlichen Hand

Warum es für Gruppen wie Sana, Helios, die Rhön-Klinikum AG (26 Krankenhäuser) oder Asklepios (ca. 70 Einrichtungen) seit Kurzem so einfach ist, eine öffentliche Einrichtung nach der anderen einkaufen zu können, offenbart ein Blick auf den Fall Wuppertal. Dort beschloss der Rat am 16. Dezember vergangenen Jahres eine Vor-

lage, die ganz offen feststellt, „dass die Klinikum Wuppertal GmbH ein Sanierungsfall ist und kurz vor der Insolvenz steht.“ Im Jahre 2002 kennen die Ratsmitglieder nur eine Möglichkeit, etwas gegen die „dramatische Wirtschaftslage“ der städtischen Kliniken zu tun: sie möglichst schnell zu verschern. In Wuppertal hat man damit nicht einmal Geld eingenommen; lediglich die Übernahme eines Teils der bestehenden Bankschulden des Klinikums konnte erreicht werden. Zudem hat man für die Verhandlungen ein externes Beratungsunternehmen beauftragt, das sich seine Dienste mit 1 Mio. Euro aus dem Staatsäckel vergüten ließ. Von dem ein Jahr alten Beschluss, im Falle einer Beteiligung eine Mehrheit der eigenen Gesellschafteranteile bewahren zu wollen, blieben nur noch 5,1 % - was die Ratsabgeordneten nicht daran hinderte, der Beschlussvorlage vorbehaltlos zuzustimmen.

Noch bestehen Gesetze und Vertragsklauseln, die eine allzu aggressive Ausrichtung des Unternehmens Krankenhaus unterbinden - nicht auszumaßen jedoch, was passiert, wenn einer dieser Krankenhausträger einmal Schiffbruch erleidet und etwa die Aufgabe ganzer Abteilungen oder gar eines Standortes beschließt. Nicht nur das Heilen von Kranken und die Sorge für PatientInnen ist davon potenziell betroffen, sondern durch die Einbeziehung von Universitätskrankenhäusern in den Ausverkauf längt auch die Gewährleistung einer kontinuierlichen Ausbildung für Medizin-StudentInnen.

hmk



Demo am 18. Januar 2003

Auch diesen Samstag und immer, wenn Nazis marschieren: Aufmärsche stoppen!

Auch für diesen Samstag haben Nazis einen Aufmarsch in Bochum angekündigt. Und wieder gilt es, diesem Aufmarsch entgegenzutreten.

Die bsz ruft zur Beteiligung an den Gegenaktivitäten auf und erinnert an den Aufruf verschiedener antifaschistischer Gruppen zu den letzten Demonstrationen: „Wir rufen dazu auf, diesen Nazi-Aufmarsch nicht unkommentiert geschehen zu lassen, ihn zu behindern und wenn möglich zu verhindern. Das

sind wir all den Menschen schuldig, für die eine Zusammenrottung gewalttätiger Nazis eine Bedrohung darstellt. Menschen ausländischer Herkunft, Schwarze Deutsche, Mitglieder jüdischer Gemeinden, Anhänger verschiedener jugendlicher Subkulturen, bekannte Vertreterinnen und Vertreter linksgerichteter Gruppierungen und Parteien; für sie alle macht ein Naziaufmarsch den befallenen Stadtteil zur Gefahrenzone. Und noch in in der U-Bahn müssen sie damit rechnen, Gruppen von gewalttätigen Nazis in die Hände zu fallen.“

Das sind wir auch all denen schuldig, die Opfer des historischen Natio-

nalsozialismus wurden und denen nicht zugemutet werden kann, die Formierung einer neuen Nazibewegung miterleben. Und bei dieser Formierung nehmen Aufmärsche neben Konzerten zur Zeit die wichtigste Funktion ein: Dort erleben Jungnazis Bestätigung für ihre Wahnfantasien, dort erlangen sie ein Gefühl der Stärke. Nach dem ersten Aufmarsch fühlen sie sich sogar stark genug, es mit der Polizei aufzunehmen - wie diese zu berichten wusste. Was sollte die Nazis daran hindern, auf Menschen loszugehen, die nicht Bewaff-

net sind? Jedes Nazi-Konzert und jeder Naziaufmarsch ist ein Schritt zur Formierung eines gewalttätigen Mobs, der sich gegen das Leben vieler Menschen und die Freiheit aller Menschen richtet.

Kein Naziaufmarsch und kein Nazi-Konzert kann geduldet werden.

An Polizei und Behörden richten wir die Fragen: Warum lassen Sie diese Gefährdung von und diese Zumutungen für ganze Gruppen der Bevölkerung zu? Was ist

mit den Grundrechten dieser Menschen? Sind die angeblichen oder tatsächlichen Rechte von Nazis, die zur „ethnischen Säuberung“ rüsten, wirklich höher zu bewerten als die Rechte der Menschen, die von den Nazis zu Feinden erklärt wurden? Sind die Rechte der Täter höher einzuschätzen als die der Opfer?

Wann und wo wird hoffentlich der Tagespresse zu entnehmen sein und ganz sicher der Website www.bo-alternativ.de

Verliebt, verlobt, verwählt

Wie kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, wird zu den kommenden Wahlen zum StudentInnenparlament auch eine Liste unter dem Kürzel Yes antreten. Yes steht für Young Engaged Students, was wieder Junge Engagierte StudentInnen heißen soll. Heißt es aber nicht. Treffender wäre ES wohl mit Junge Verlobte StudentInnen zu übersetzen, wie die bsz-Redaktionskoryphäe für Englisch einer albern gackernden Redaktion erklärte. Besagte Redaktionskoryphäe hat jahrelang in England gelebt, war aber nicht verlobt. „Manches Programm hört sich besser an, als die tatsächliche Politik“, mahnt unterdessen der RCDS und führt auch gleich den Beweis: „Wir kümmern uns um's BAFöG, kämpfen gegen Studiengebühren und informieren euch.“, heißt es im Programm des RCDS. Hinter der neuen Liste „RUB Rosen“ sollen sich die JuSos verbergen. Der Name nimmt wohl Bezug auf das JuSo-Emblem: Eine Rose, die sozialdemokratische Positionen wie etwa Gebührenfreiheit symbolisiert und von einer Faust gewürgt wird. Insgesamt treten 6 Listen zu den SP-Wahlen vom 27. bis 31.1. an. Die KandidatInnenzahlen im einzelnen (Vorjahr): LHG 7 (13), RUB-Rosen (Jusos) 60 (56), Yes (ES & FSI-Reste) 53 (-), RCDS 22 (12), al 80 (58), LiLi 170 (183)

Doofes StuPa

Die Redaktion der Berliner Zeitschrift „Unaufgefordert“ kann zur Zeit nur als Notausgabe erscheinen, da das StudentInnenparlament der Humboldt-Universität sich geweigert hat, der Zeitschrift einen Jahreshaushalt zu bewilligen, bevor nicht eine Kommission des StuPa zu einem Ergebnis gekommen ist - in der Frage, ob die Redaktion „einen sinnvollen Beitrag zur Arbeit der verfassten Studierendenschaft leistet“. Da dieses Ergebnis erst am 30. Januar vorliegen wird, beantragte die Redaktion am 9. Januar einen Teilhaushalt für die Januar-ausgabe gestellt. Dieser wurde mit 14:13:2 Stimmen abgelehnt. Solidaritätsbekundungen bitte an redaktion@unaufgefordert.hu-berlin.de

Projektwerkstatt Saasen von Polizei gestürmt

Offenbar kommt die Hessische Landesregierung nicht mit alternativen politischen Konzepten zurande. Die Giessener Polizei stürmte zum wiederholten Male die dortige Projektwerkstatt und beschlagnahmte Computer sowie Arbeitsmaterial der Initiative. Los ging es schon im Oktober letzten Jahres mit dem Einkassieren des Anti-Wahl-Mobils (bestehend aus Fahrrad mit Anhänger). Am 11.12. - einen Tag vor der Stadtverordneten-sitzung zum Thema „Gefahrenabwehrverordnung“ werden zwei Aktive der Werkstatt festgenommen. Tags darauf geht's weiter mit Personalienkontrollen, Bespitzelung von Wohnungen und fingierten Waffenkontrollen in der Gießener Innenstadt. Am 9. Januar spitzten sich die Maßnahmen zu: Wiederum Festsetzung zweier „Werkstattler“, um die Stürmung am nächsten Tag reibungsloser über die Bühne gehen zu lassen, ohne Hausdurchsuchungs-befehl - versteht sich. Dass es bei all diesem Vorgehen nicht um Beweis-sicherung etwaiger Straftaten geht, ergibt sich aus der Antwort einer Staatsschutzpolizistin, nachdem sie gefragt wurde, was ein Computer-Tastatur zur Beweissicherung nützt: „Nichts, aber es kostet Euch 25 Euro.“ Somit verschwanden ferner Monitore, Drucker, ZIP-Laufwerke und sonstiges technisches Brimborium, nicht jedoch Daten-CD's, Disketten oder andere Speichermedien, woraus zumindest der Anschein einer Legitimation gebastelt werden könnte. Die Initiativen der Projektwerkstatt haben inzwischen das Computernetzwerk notdürftig geflickt. Der Großteil der Hardware ist momentan aber unerreichbar. Aus gegebenem Anlaß laden sie daher am 18. Januar um 12.00 Uhr zur Demo gegen all diesen Schrott ein. Weitere Infos unter: www.projektwerkstatt.de/saasen

„Traumberuf Wissenschaftlerin?!“

Am Mittwoch, den 22. Januar 2003, von 9-13 Uhr laden unter anderem ProFil, ein Projekt zur Frauenförderung der RUB, und das Frauenbüro der RUB dazu ein, sich mit dem „Traumberuf Wissenschaftlerin?“ zu befassen. Die Veranstaltung bietet Absolventinnen, die gerade mit ihrer Promotion begonnen haben, und Studentinnen in der Abschlussphase ihres Studiums Informationen über das Berufsbild einer Wissenschaftlerin. Um Anmeldung wird gebeten: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/profil/>

Vom Versprechen zum Verbrechen
Fischer macht mobil

Üblicherweise wird Wahlbetrug mit Knast belegt. Wenn es beispielsweise gelingt, einen Wahlzettel aus der Gemeinderatsurne zu fischen, kann sich für zwei Jahre von der Sonne verabschieden. In Ländern mit etwas rüderem Umgangsformen geht's für unsaubere Wahlkampffinanzierung (evtl. mit schwarzen Koffern) derb zur Sache: Nicht nur Gold, Hab' und Gut, Haus & Hof werden geschreddert, sondern auch die nächsten zehn Lebensjahre.

So ziemlich alles, was im Zusammenhang einer Wahl nach Betrug riecht, wird peinlichst von der Staatsanwaltschaft untersucht und gegebenenfalls drakonisch bestraft. Aber keine Regel ohne Ausnahme: Das gebrochene Wahlversprechen (vulgo: die Wahllüge) ist exklusiv für WahlsiegerInnen strafbar, ansonsten hätte es nach obiger Logik für Blüms Spruch „Die Rende sin' sischa“ nur eine Konsequenz geben können: Ab zum Steinkloppen!

Super spannend wird es, wenn ein Wahlversprechen auch wahlentscheidend ist, etwa als die neue alte Regierungsbündnis zu entscheiden geruhte, sich keinstenfalls an der Ermordung Zehntausender Menschen im kommenden Irak-Krieg zu beteiligen.

Bei näherer Betrachtung des Eieranzes, den Schröder und Fischer angesichts der kommenden Abstimmung im UN-Sicherheitsrat (kurz: SR) aufzuführen, weiß man schon jetzt, wie der zuständige UNO-Vertreter die „konsequente Ablehnung“ des Krieges vor Ort durchsetzen wird: „The German vote, please!“ – „Yes, jawoll, Sir! Ein klares Ja.“ Die Begründung lieferte Joseph Fischer bereits zum Ende des Jahres 2002: Die BRD dürfe im SR nicht einfach auf ihre eigenen Belange beharren.

„Mir doch egal“

Dass er damit mal wieder seine eigene Partei und deren WählerInnen verpölet, ist ja nichts Neues. Immerhin gilt für ihn ausnahmsweise das obige Blüm-Zitat; außerdem hat die Grüne Partei auf ihrem 1999er Parteitag die letzte Chance verspielt, ihrem (un-)heimlichen Vorsitzenden nicht mehr hinterherjucken zu müssen.

Frägt sich nur, warum sich der Außenfischer dieses so einfach zu durchschauende Manöver leistet und sich dem damit verbundenen Stress aussetzt, zumal die SR-Mitgliedschaft Deutschlands bereits vor der Bundestagswahl ausgemachte Sache war. Es

ist ihm offensichtlich egal, was man von ihm hält. Er schwebt bereits im welthistorischen Paradies.

Auch könnte man ihm totale Inkompetenz nachsagen. Es erscheint doch zumindest „bedenkenswert“ – um ein Lieblingswort Fischers zu gebrauchen – solcherlei „Feinheiten“ in die langfristige Strategie aufzunehmen. Böse Zungen behaupten, genau dies sei tatsächlich geschehen; Fischer sei weniger trottelig denn baumenschlau und gerissen. Gerade die ehemalige US-Außenministerin Albright sprach ihm „Zuverlässigkeit“ und „exzellente Bündnistreue“ zu. Da wollen wir ihr nicht widersprechen, immerhin ist Außenpolitik ihr Terrain. Man kann allenfalls festhalten, dass das Belügen der eigenen Basis und das Buckeln zur Stärkeren Seite hin einfach mal wieder Jockels Charakterlosigkeit dokumentieren.

„Es gibt tausend gute Gründe ...“

Das alles ficht ihn natürlich nicht an. Gehen wir also zur Motivation seines konkreten Verhaltens über, wofür es zumindest drei gute Gründe gibt:

- 1. Noch sind die führenden EU-Staaten – vorneweg die BRD – weder ökonomisch noch militärisch stark genug, eigenständig im Sinne ihrer eigenen Interessen als Interventionsmacht zu agieren.
- 2. Die USA sind wichtigster Handelspartner der deutschen Exportindustrie, die von dem kriegsbedingten Boom in den Staaten profitieren wird.
- 3. Auch unmittelbar wirft der Krieg Extra-Profit ab: Die deutschen Waffenschmiedeln laufen heiß, und nach der Zerstörung leistet der deutsche Mittelstand „Aufbauhilfe“ bei der Wiederherstellung der Infrastruktur.

Dankbarkeit ist Herrn Fischer also sicher. An ihm wird es nicht liegen, wenn die Regierung die vierjährige Amtszeit nicht übersteht.

Insgesamt kommt also folgendes regierungsamtlich hinten raus: Die BRD „muss“ mit der SR-Mitgliedschaft im verlängerten Rücken „Abstriche“ und „Kompromisse“ machen, um der wahlweise „neuen historischen“ oder „zugewiesenen Rolle gerecht zu werden“ [Alle Zitate: J. Fischer], d.h. insbesondere die Resolution 1441 des SR umzusetzen (wonach der Irak mit „ernsthaften Konsequenzen“ zu rechnen hat, wenn er sie nicht buchstabengetreu einhält), mit anderen Worten: beim nächsten Krieg wieder kraftvoll zuzupacken.

Neuer Gesetzesentwurf
Jetzt doch:
Studiengebühren

Wie das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren beim fzs (ABS) mitteilte, hält die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen an ihren Plänen für Studiengebühren fest. Unter dem Namen „Studienkonten“ werden die schon unter Ministerpräsident Clement angedachten Studiengebühren für so genannte LangzeitstudentInnen jetzt eingebracht.

Klemens Himpele, Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren erklärte dazu: „Was die Landesregierung hier macht, ist ein Schlag ins Gesicht aller StudentInnen. Erst erklärt man die so genannten Langzeitstudiengebühren für erledigt und dann tauft man sie lediglich um.“ Der am 9. Januar von der Landesregierung vorgelegte Änderungsantrag zum ursprünglichen Studienkonten- und finanzierungsgesetz sei „rundum abzulehnen“. Er enthalte sogar „substanzielle Verschlechterungen“ gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesentwurf. So sollten alle StudentInnen pauschal 200 kostenlose Semesterwochenstunden erhalten. Da beispielsweise ein Zahnmedizinstudium in Köln schon regulär über 200 Semesterwochenstunden benötigt, plane die Landesregierung mit dem vorgelegten Papier faktisch die Einführung von Studiengebühren bereits für das Erststudium in der Regelstudienzeit, so Klemens Himpele.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren forderte die Landesregierung auf, von der Einführung von Studiengebühren abzusehen. Diese verschlechterten lediglich die Zugangsmöglichkeiten von Menschen aus finanziell schlechter gestellten Familien zur Hochschulbildung. Das ABS verwies auch auf die

zehntausenden StudentInnen, die im Sommersemester mit wochenlangen Protesten ihre Ablehnung von Studiengebühren in jeder Form deutlich gemacht haben. Das ABS forderte in einer Stellungnahme: „Stattdessen muss das Land von der Übernahme finanzieller Risiken beim Metrorapid absehen. Oder ist der Regierung ein Fahrzeitverkürzung von wenigen Minuten tatsächlich wichtiger als Chancengleichheit und Bildung?“

Kippt auch die PDS?

Nach einem Online-Bericht der Märkischen Oederzeitung (MOZ) diskutieren SPD und PDS in Berlin über Studiengebühren. So soll sich der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus, Müller, für Studiengebühren ausgesprochen haben. Auch Wissenschaftssenator Flierl (PDS) schließt Studiengebühren nicht aus. „Ich bin offen in dieser Frage“ sagte der Senator dem Berliner Kurier am Sonntag. SPD-Fraktionschefs Müller versuchte dabei in zynischer Weise. Kindergartenkinder (bzw. deren Eltern) gegen Studierende auszuspielen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren forderte die Landesregierung Berlin auf, von der Einführung von Studiengebühren abzusehen und auch die Kindergartengebühren abzuschaffen. Das ABS fordert den Berliner Senat darüber hinaus auf, sich für ein generelles, bundesweites Gebührenverbot einzusetzen.“

Letzte Wahrheiten ...

Nun zum letzten Punkt, warum Fischer das entscheidende Veto nicht in die Runde schmeißen wird, obwohl dies das Recht eines jeden im SR vertretenen Staates ist. (Begründen könnte man es einfach mit der originalen Aufgabe der UNO, Kriege zu verhindern.)

Es wäre hochnotpeinlich, wenn die „Weltöffentlichkeit“ mitansehen müsste, wie die UNO ausgerechnet durch das Abstimmungsverhalten Deutschlands wie ein Kartenhaus zusammen- und dem Fischer um die Ohren kracht: Die USA würden an der UNO vorbei angreifen. Und wegen der eindeutigen Positionierung der BRD könnte darüber hinaus die Bundeswehr nicht mitspielen; alle Interessengruppen, die auf eine „stabile, deutsche Außenpolitik“ setzen, müssten leer ausgehen.

... und ewige Wahrheiten

Soweit wird es natürlich nicht kommen. Lauschen wir gelassen dem großen Wort des mächtigen Kanzlers zur Neujahransprache: „Bei uns gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.“ (Das letzte Wort hat er übrigens genau so ausgesprochen.) Das Original von Karl Marx lautet übrigens so: „Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden.“

Tröstlich ist allenfalls, daß ich schon jetzt in Form einer köstlichen Schachtel Pils die Auslöse für meine im August 2002 geschlossene Wette erhalten werde, da das Wahlversprechen mit der Nutzung der US-Airbases bereits gebrochen wurde. Ich konnte diese Wette eh' nicht verlieren: Deutschland hat wieder mittelprächtige Stärke erlangt und ist damit auch wieder willens, sich an einem der größten Verbrechen, die die Geschichte kennt, zu beteiligen!

js

Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz sucht für die Koordination und Vertretung der Belange der FSVK ab März 2003

einen SprecherIn

Die SprecherInnen vertreten die FSVK gegenüber Dritten (AStA, Gremien der Universität, etc.) und koordinieren die FSVK (Vor-/Nachbereitung der Sitzungen, Planung und Durchführung von Aktionen, etc.). Die SprecherInnen unterliegen dem Imperativen Mandat der FSVK. Die genaue Aufgabenbeschreibung ergibt sich aus dem Stellenprofil (einschbar im FSVK - Büro).

Die Stelle ist finanziert durch die Studierendenschaft der RUB. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt derzeit 360 Euro pro Monat. Es können sich auch mehrere Personen als Team auf die Stelle bewerben. Die Amtszeit beträgt ein Jahr, jedoch ist eine Abwahl von Seiten der FSVK möglich, sollte es zu unüberwindbaren Schwierigkeiten kommen.

Von den SprecherInnen wird Erfahrung in der Fachschaftsarbeit erwartet. EDV-Kenntnisse sind hilfreich. Eine Zusammenarbeit mit dem zweiten amtierenden FSVK - Sprecher wird vorausgesetzt. Der/Die neue SprecherIn wird von dem Vorgänger eingearbeitet. Die Bewerbungen können bis Montag, den 03.02.2003 um 16h im AStA-Sekretariat Raum SH 005 eingereicht werden.

Das weitere Prozedere sieht dann wie folgt aus:
- Die persönliche Vorstellung ist am Montag, den 3.2.2003 auf der FSVK
- Am Montag, den 10.02.2003 ist auf der FSVK die Befragung der KandidatInnen
- Die Wahl findet am Montag, den 17.02.2003 ebenfalls auf der FSVK statt.

Die FSVK findet jeweils Montags um 18h im Raum SH 004 im Studierendenhaus statt. Die Teilnahme der KandidatInnen auf den drei oben genannten Sitzungen ist obligatorisch.
Für weitere Fragen stehen die amtierenden Sprecher zur Verfügung. Sie sind im Raum Studierendenhaus SH 004, unter Tel. 0234/32-23991 oder über eMail: fsvk-sprecher@ruhr-uni-bochum.de zu erreichen.

Dominik Ruppenthal und Jan-Markus Heise, Sprecher der FSVK

„Heavens calling“

Zwei Tage vor Weihnachten starb John Graham Mellor, besser bekannt als Joe Strummer, fünfzigjährig stillschweigend an einem Herzinfarkt. Mitte der siebziger Jahre wurde er durch seine legendären Auftritte mit the Clash zu einem der leidenschaftlichsten und überzeugendsten Frontmen des Punk. Seine Lyrics artikulierten einen mit dem Publikum geteilten Sinn für Verwirrung, Frustration und verfehlter Ambition.

Berüchtigt wurden the Clash Ende 1976, als sie die Sex Pistols auf ihrer kontroversen und größtenteils abgesagten Anarchy In The UK-Tour begleiteten, im nächsten Jahr unterschrieben sie einen Plattenvertrag bei CBS. Ihr erstes Album „The Clash“ war eher geprägt von aktivistischen Slogans (z.B. „White Riot“, „Police and Thieves“), allerdings waren ihre Songs schon damals von eingängigen Refrains geprägt. Das Ende der Sex Pistols und der - ausgerufenen - Untergang des Punk bedeutete für the Clash nicht das Ende. Sie entwickelten sich musikalisch; nach dem rockigeren „Give 'Em Enough Rope“ folgte die stilistische Melange von „London Calling“. Auf dem drei-LP-Album „Sandinista“ experimentierten sie mit Rap, Funk, Ambient und Folk. 1982 hatten sie mit „Combat Rock“ riesigen Erfolg in den USA, blie-

ben ihrem Punk-Image aber - wer weiß schon, ob gewollt oder ungewollt - treu, indem sie langsam in sich selbst zerfielen.

Joe Strummer drohte ein Leben als Diplomatensohnen zu fristen. Glücklicherweise war er jedoch schon früh den verschiedensten musikalischen Einflüssen ausgesetzt, wenn er seine Eltern in den Schulferien an „exotischen“ Orten wie Zypern, Ägypten, Mexiko und dem Iran besuchte. Er widmete sich schon früh der Kunst und studierte unter anderem am Londoner Central College for Art and Design. Sein größtes Interesse galt allerdings immer der Musik, und nach kurzer Zeit mit den Vultures machte er sich schon ab 1974 einen Namen mit dem Rhythm and Blues Act the 101ers, bis er schließlich von Mick Jones und Paul Simonon abgeworben wurde und mit ihnen the Clash bildete. Sein letzter Auftritt mit diesen war 1985, die Band bewahrte sich dank ihrer ablehnenden Haltung gegenüber gewinnverprechenden Wiedervereinigungsversuchen ihre Integrität, und



- trotz Jeans-Commercial - ihren Ruf als Punkgötter. Gegen Vorwürfe des „Ausverkaufs“ (Sell-Out) wehrte sich Strummer noch 1999. Zwischenzeitlich machte er auf Schauspieler, unter anderem in Jim Jarmuschs „Mystery Train“ und wirkte an Soundtracks mit, zuletzt 1997 bei „Grosse Pointe Blank“. 1989 kam sein erstes Soloalbum, 1991 übernahm er vorübergehend den Gesangspart bei den Pogues. Neuen Ruhm erlangte er erst 1999 mit „Joe Strummer and the Mescaleros“, ihre Alben „Rock Art & The X-Ray Style“ und „Global A G-Go“ realisierten Strummers Ideen von World Music. Erst im November beendete die Band ihre letzte UK-Tour, bei der sie auch auf einem Benefiz-Konzert für die gerade streikende Feuerwehr-Gewerkschaft auftrat, was durchaus als politisches Statement zu verstehen war. Joe's Tod in dieser durchaus kreativen Phase kam sehr plötzlich, unerwartet und natürlich sehr unangelegen.

tas

Ein ganz gewöhnlicher Kritiker

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

Roman“ steht auf der Titelseite, dabei ist es keiner im üblichen Sinne. „Die Liebenden“ ist eine Sammlung von hauptsächlich privaten Briefen, aber auch Bewerbungsschreiben, Lebensläufe, Zeugnisse, Bescheinigungen usw. aus fünf Jahrzehnten. Es beginnt mit der Feldpost der Familie Lüttjes an Vater Gepke, wenig später kommt die Korrespondenz der Familie Schlosser hinzu. Die Tochter der ersten: Ingeborg, und der Sohn der letzteren: Richard, schreiben sich ab November 1950; sie sind „die Liebenden“, die später heiraten und eine Familie mit vier Kindern gründen. Richard und Ingeborg blieben nicht die Liebenden. Nach Aufbau, Wirtschaftswunder und Familienklammer durch die Kinder stehen sie vor einem Leben, das sie selber als gescheitert und vertan bezeichnen.

Eines der Kinder, Martin Schlosser, mag Gerhard Henschel sein. Die Briefe sollen echt sein, nur bearbeitet. Wer Langsamkeit erleben will, ungeheure Kleinschrittigkeit, Erörterungen über Pfennig- und D-Mark-Beträge, Ausgaben und Wochenplanungen, der mag sich durch die über 700 Seiten lesen; aber auch wer sich nicht schnell langweilt, läuft Gefahr, hier die Geduld zu verlieren. Ein Michahistoriker, ein Alltagsforscher mag hier reichhaltiges Material für eine Geschichte des unteren Mittelstandes von Beginn der Bundesrepublik bis heute finden; im Vergleich zu „Die Liebenden“ ist eine daily soap im Zeitraffer gefilmt.

Gerhard Henschel, der in seinen Satiren früher öfter, dann aber immer seltener den richtigen Punkt traf, und der von Kritik so wenig Ahnung hat wie sein Kollege, der Gesprächspartner der Jungen Freiheit, Eckhard-wenn-das-schon-Antisemitismus-ist-dann-bin-ich-auch-Antisemit-Henschel, hat sein schriftstellerisches Verfahren hier zu Ende gebracht. Bereits früher war seine Position wackelig. In „Das Blöken der Lämmer. Die Linke und der Kitsch“ (Edition Tiamat, 1994) traf er, wie Eckhard Henschel in den 1980ern, w e n i g s t e n s noch die Richtigen: Linke, die keine Linken sind, sondern inquisitorische Moralisten, unschuldig verfolgende, Sprachrohre eines ver-selbstständigten Jargons, Menschen ohne Reflexion und Vernunft, verkaptete Deut-sche und die dafür kritisiert gehören. Zufällig traf er die richtigen, so muss man inzwischen sagen; er wusste wohl nicht, was er tat, sonst könnte er sich in den Antisemitismus-Streits der Gegen-



wart intelligenter verhalten, in denen die Richtigen (Martin Walser, Jürgen W. Möllemann) zwar von den Falschen (Schirm-macher, Die Grünen/Bündnis 90), aber immerhin mit dem richtigen Vorwurf (Antisemitismus) angegriffen werden, wenigstens sie davon keine Ahnung haben.

Schon in „Menschlich viel Fieses. Stasis, Donalds, Dichter und Pastoren“ (Edition Tiamat, 1992) hatte Henschel einen Stil begründet, den er später ad nauseam perfektionierte: zu wiederholten, was Schwätzer so sagen. Das Falsche soll sich selber, aus sich selbst heraus, denunzieren. Henschel verdoppelt seitdem die Wirklichkeit und langweilt bspw. in der „Titanic“ mit Beiträgen aus dem Leben des „Wiener Wald“-Begründers Friedrich Jahn. Kritik, das sei hier gegen falsche Schlüsse festgehalten, hat, entgegen dem alten linken Glauben und dem Alltagsverstand, keinen Standpunkt außerhalb des Kritisierten. Sie verfährt immanent, bricht es von innen heraus auf, „nach ihrem eigenen Maß“ (Adorno), verändert und transzendiert es dabei. Sie kann, wie Marx es formulierte, dabei den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorsingen, um sie zum Tanzen zu bringen. Bei Gerhard Henschel verstummt sie, vielleicht aus Hilflosigkeit, und geht im Kritisierten auf. In „Die Liebenden“ findet sich nichtmal mehr der rhapsodierende Kommentar, nur noch Material, aber um den es auch nicht schade.

Gerhard Henschel: Die Liebenden. Hamburg: Hoffmann & Campe, 2002, ca. 750 Seiten, 25,90 Euro.

fake



Mittwoch, 15. Januar

Infoabend zum Cross-Border-Leasing

18.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

AG Kommunalen Ausverkauf

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 4

Donnerstag, 16. Januar

„Bildung und Kultur in Bochum“

Veranstaltung der PDS
20.00 Uhr, Simplon, Poststraße 43

Freitag, 17. Januar

Draußen vor der Tür

Theateraufführung nach dem Stück von Wolfgang Borchert
20.00 Uhr, Musikisches Zentrum (ebenfalls 18. und 19. Januar)

Alternativschulen statt PISA

Veranstaltung des „forum für systemkritik“
19.30 Uhr, taranta babu, Literatur-Cafe, Humboldtstr. 44, Dortmund

Suzan Samanci: Kurdistan. Schnee auf schroffen Bergen.

Lesung und Informationsabend
20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Samstag, 18. Januar

Demonstration gegen Nazis und Kriminalisierung

13.00 Uhr, ab Hauptbahnhof Bochum

Sonntag, 19. Januar

Fiesta Cubana

Benefizveranstaltung für die „Humanitäre Cuba-Hilfe“, mit einem Kurzfilm über die HCH, Bücherlohnmarkt und (ab 20.00 Uhr) Konzert, u.a. mit Jazminas (AK 9,50 EUR)
18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle

Montag, 20. Januar

Krieg im Irak

Trotz Waffeninspektion ist ein Angriff der USA auf den Irak mehr als wahrscheinlich. Welche Interessen verfolgen die USA, welche die deutsche Bundesregierung, die plötzlich auf Seiten der Friedensbewegung zu stehen scheint, und wie kann eine Anti-Kriegs-Position der radikalen Linken aussehen? Diskussion mit Autoren aus dem TERZ-Kollektiv.
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

US-Angriffsplan und Widerstand

Veranstaltung des Friedensplenums Bochum
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Mädchen und Frauen bei den Neonazis

Was suchen sie? Beeindruckt die rechte Subkultur auch Mädchen? Welche Rolle spielen sie in den Gruppierungen der Rechts-extremisten? Haben Frauen und Mädchen ein verändertes Rollenverständnis, einen Hang zur Gewaltbereitschaft entwickelt? Dortmund Antifa-Gespräch.
19.00 Uhr, „Z“, Oesterholzstr. 27, Dortmund

Das Proletariat

Politisch emanzipiert – sozial diszipliniert – Global ausgenutzt – Nationalistisch verdorben. Die Karriere eines Jahrhunderts ist zu Ende – und alle Gründe für die soziale Revolution bestehen fort. Referent: Peter Decker (Autor).
20.00 Uhr, Kunst- und Kulturcafé des AstA (KKK), Universitätsstr. 2, Ecke Segerothstr.

Dienstag, 21. Januar

Antifaschistische Kundgebung

Kein Raum für antisemitische Hetze! Gegen Herrenrunde und Möllemann! Am 21. Januar 2003 will Jürgen Möllemann vor der „Düsseldorfer Herrenrunde“ reden. Alle, die ihrem Protest gegen Möllemann Ausdruck verleihen wollen, sind herzlich zur Gegenkundgebung eingeladen.
18.00 Uhr, Hotel Nikko, Immermannstr. 41, Düsseldorf (Nähe HBF)



Frieden durch Realpolitik?

Widerstand ist machbar, Herr Nachbar!

Das wäre also geschafft. Kriege finden wahlweise zwischen Eurasien und Ozeanien statt, niemand sieht einen Ansatz, praktisch etwas dagegen zu tun, geschweige denn weiß, in welchem Roman dieses Szenario ursprünglich beschrieben wurde. Zur Erinnerung: Das in George Orwells „1984“ benannte „Gedankenverbrechen“ besteht darin, sich darüber Gedanken zu machen, wie dieses wohl ausgeführt werden könnte.

Die Realität spottet diesem literarischen Werk Hohn. Heutzutage sind Gedankenverbrechen genauso undenkbar wie eine Alternative zum Krieg oder eine politische Haltung, die qualifiziert gegen ihn anstinken könnte. Die Friedensbewegung der 80er Jahre wird von rechts bis links wahlweise als altbacken oder antisemitisch denunziert. Das sagt eine Menge über die KritikerInnen aus, deren Formel „antiimperialistisch = antiamerikanisch = antisemitisch = rechtsaußen“ zwar einige unschöne Sachverhalte schlaglichtartig benennt, jedoch mit der zum Ausdruck gebrachten Pauschalisierung schiere politische Hilflosigkeit dokumentiert. Von ihnen wird denn auch nicht thematisiert, dass der geplante Krieg eine Unzahl vornehmlich ziviler Opfer hinterlassen wird, welche sich nicht an Kämpfen beteiligen, sondern lediglich das Pech haben, in einem Land der „Achse des Bösen“ zu leben. Aus fundamentalen, christlicher Sicht ist damit ihr Schicksal besiegelt.

Berufspolitniks

Wie weit eine unklare Position zum

Krieg reichen kann, erkennt man am Wahlausgang für die Partei des demographischen Selbstmitleides (PDS), deren Bundestagsfraktion panische Angst hatte, junge WählerInnen zu verprellen: Sie unterließ unpopuläre aber richtige US-Regierungskritik, piff ihre wenigen Renegaten zurück und entschuldigte sich sogar bei Bush für die parlamentarische Protestaktion während seines Berlin-Besuches.

Die Grünen haben das besser hingekriegt. Sie haben einfach zwischen 1998 und 2002 ihre WählerInnenenschaft ausgetauscht und diejenigen „Politprofis“ aus den eigenen Reihen an die vorderste Front gehievt, welche mangels abgeschlossener Berufsausbildung oder Studium andernorts in der Versenkung verschwinden müssten (bzw. wie Angelika Beer ihr Herz an der Bundeswehr verloren haben). Man sieht, die Welt ist ungerecht, Kriege sind da vorprogrammiert.

Protest vs. Widerstand

Es nützt offenbar wenig, mit Rumwünseln und „bitte, bitte“-Sagen an Verantwortliche zu appellieren, die straffbare (!) Vorbereitung eines Angriffskrieges einzustellen. Der zivilgesellschaftliche Protest ist keine Option mehr und nach meiner persönlichen Einschätzung auch schon in den 80ern nicht effektiv gewesen. Die „starke“ Friedensbewegung entwickelte zwar politisches Bewusstsein, verhinderte aber nicht die Stationierung von Mittelstreckenraketen im „kalten“ Frontstaat BRD.

Sehr wohl gab es in dieser Bewegung vereinzelt Formen des politischen Widerstandes, die wiederbelebbar oder weiterzuentwickeln sind. Hier kann man aus den damaligen Schwächen lernen. Die zu praktizierende Kritik kann nicht auf die schon damals falsche Identifizierung der USA als Aggressor fußen, sondern

muss die ökonomischen und militärstrategischen Bestrebungen jedes reichen Industrielandes einbeziehen, also auch die der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Japans.

Blinde Hühner

„Ami, go home“ ist tatsächlich eine reaktionäre, antiamerikanische Parole und bringt in etwa soviel wie Graffiti mit dem Spruch „Romani, ite domum“. Viel wichtiger ist eine Abgrenzung zu den Forderungen der Nazi-Horden, die taktisch die Forderung „Deutsche, bleibt zuhause“ in die Welt grölen. Diese Forderung gebührt einzig und alleine jenen, die Kriege prinzipiell ablehnen oder wissen, was es heißt, von deutschen Landsknechten überfallen zu werden. Würde Israel so wie jetzt der Irak im Kreuzfeuer stehen, hätten die braunen Banden 1000-prozentig nichts mehr gegen einen Bundeswehreinsatz einzuwenden.

Wird man also je von einem RTL-Heini angesaugt, warum man denn mit Nazis in der Kriegsfrage gemeinsame Sachen mache, kann man ganz cool zweierlei entgegnen:

„Wieso, mit wem unterhalte ich mich denn gerade?“ und „Was tun Sie denn gegen Militarisierung und Kriegstreiberi?“

Der Schwur der selbst befreiten Buchenwaldhäftlinge bringt es auch heute noch auf den Punkt: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Jørch Schönewerk

:bszkonsumterror

„Totgesagte leben länger“

Verkündete einst Erich Honecker. Und schließlich stehen auch in den Räumen der bsz-Redaktion auf rätselhafter Weise immer wieder Studi-Funktionäre, die sich eigentlich vor zwei Minuten verabschiedet hatten. Und vor allem: Den Konsumterror sterben zu lassen bringt jene kleine radikale Minderheit, die zur Zeit mit Waffengewalt die bsz besetzt hält, nicht über ihr kleines radikales Herz. Dieser hier ist zwar etwas älter, aber harte Zeiten erfordern verzweifelte Maßnahmen.

Es gibt kein ruhiges Hinterland: „High Noon“ auf den Gabentisch

Man kennt das ja: Weihnacht umnebelt die Gemüter, Kaufen lautet die Devise, und so findet man sich als konsumgeile(r) Linke(r) wieder in den heiligen Hallen von Saturn und Media Markt, und sucht nach geeigneten Objekten: Billig sollte es schon sein, und bitte mit Bezug zur politischen Realität. Doch was tun, wenn schon alle Rage against the Machine und Manu Chao-Alben das heimische Regal zieren? Saturn hat die Antwort, denn hier liegt der Vorzeige- und Ausnahmewestern „12 Uhr mittags“ in ausreichenden Stückzahlen bereit und wartet nur darauf, von der Bewegung erworben zu werden. Denn, soviel ist nach der Begutachtung des Klassikers sicher, „High Noon“ bleibt eine zeitlose Allegorie zum leidgeplagten Anti-Nazi-Widerstand, und thematisiert zudem die Gräben zwischen Bewegungslinker und kritischen Abspaltungen. Der Held des Films, Will Kane, ist ein ergrauter orthodoxer Antifaschist, der sein Provinzstädtchen vor Jahren nazifrei gemacht hat - per Kollaboration mit der Justiz. Doch das rächt sich: Ausgewachsene Faschisten kommen natürlich nach kurzer Zeit wieder frei, und so sieht sich die einstige Antifa-Recke von Vergeltungsvorhaben des politischen Feindes bedroht. Er beschließt, infolge seines Alters und Familienstandes (verheiratet, typisch für Bewegungslinke jenseits der 30) samt Gattin ins Exil abzuwandern. Doch auf halbem Wege macht sich das schlechte Gewissen bemerkbar, also wird kehrtgemacht und Gesicht gezeigt, was sich nicht gerade beziehungsfördernd auswirkt.

Wieder im heimischen Nest angekommen soll der antifaschistische Widerstand organisiert werden. Doch lang ist's her seit dem letzten anständigen Aufstand, und die Gründung eines breiten Bündnis gegen rechts scheitert kläglich. Dem armen Kane wird ans Herz gelegt, den Ort schnellstmöglich zu verlassen, denn Faschos machen ja bekanntlich nur Stress, wenn sie mit Linksradikalen zusammenprallen. Auch die Gründung einer Jugendantifa fällt mangels breiteren Zulaufs ins Wasser. Von allen verlassen, macht unser Held sein Testament und vererbt sein Jungle-World-Abo der Kirche, wegen Nachholbedarf. Zuletzt mutiert er zum Antideutschen, als er den Widersacher nicht mehr als personalisierten Feind wahrnimmt, sondern in Gestalt eines leeren Stuhles die Verhältnisse als die wahre Gefahr erkennt: Nicht einzelne Nazis sind schließlich das Problem, sondern vielmehr die abstrakte Tatsache, daß die Leute Nazis nicht für ein Problem halten. Aus Wut gegen die Bewegungslinke abonniert der Isolierte die Bahamas; bei seinem Ableben soll sie der wegen seiner modischen Kurzhaarfrisurvarianten geschätzte Friseur erben, der nebenbei Särge herstellt.

Letztlich wird aber alles gut: Die beiden Antipoden schießen's aus, und der Fascho verliert. Damit ist der Film, nicht aber die DVD zu Ende: Hier gibt es noch eine Dokumentation aus den 80ern, in der Regisseur Fred Zinnemann, jüdischer Emigrant aus Wien, nach seiner Meinung zum Nahostkonflikt konsultiert wird. Auf die Frage der - unter dem Eindruck der Libanon-Invasion von 1982 - erregten Interviewerin, ob er nicht auch die Meinung teile, daß die Opfer von damals die Täter von heute seien, unterbricht Zinnemann. Er erklärt geduldig, das sei alles etwas komplizierter, darüber könne man stundenlang diskutieren und erläutert historisch-politische Zusammenhänge der israelischen Gesellschaft.

Insgesamt finden wir: Gute linke Weihnachtsgeschenke zeichnen sich heute durch drei Merkmale aus: Billig müssen sie sein, etwas mit Politik zu tun haben und dabei das Entscheidende nicht ausblenden: Es geht um:

Israel! Die vorliegende Ausgabe von „High Noon“ vermag hier in jeder Hinsicht zu überzeugen. Somit dürfte die DVD die Investition wert sein, also ab zu Saturn, bzw. - für Theorielinke - online kaufen.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss

Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Gerd Krauss (geka), Jørch Schönewerk (js), Tanja Tästensen (tas)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz